

Leichtes Aufatmen

Das Geschäftsklima in Sachsen hat sich in den Sommermonaten deutlich verbessert. Auf Vor-Corona-Niveau ist es aber längst noch nicht. Und nun drohen Insolvenzen.

Von Annett Kschieschan

Der Sommer brachte die erhoffte Erholung. Der ifo-Geschäftsklimaindex hat sich in den Monaten Juni, Juli und August kräftig verbessert. So schätzten Sachsens Unternehmer die wirtschaftliche Lage und ihre Geschäftserwartungen deutlich positiver ein als zu Beginn der Corona-Krise im Frühjahr. Vor allem der Handel, die Dienstleister und Industriebetriebe sehen wieder Licht am Ende des Tunnels. Etwas verhaltener fällt der Optimismus in der Bauwirtschaft aus. Hier hat sich die Stimmung über den Sommer nur leicht verbessert. Im August sanken die Geschäftserwartungen sogar wieder etwas. Fest steht: Das sächsische Stimmungsbarometer ist insgesamt noch nicht wieder auf dem Vor-Corona-Niveau angekommen.

Unterstützung vom Bund entlastet Unternehmen

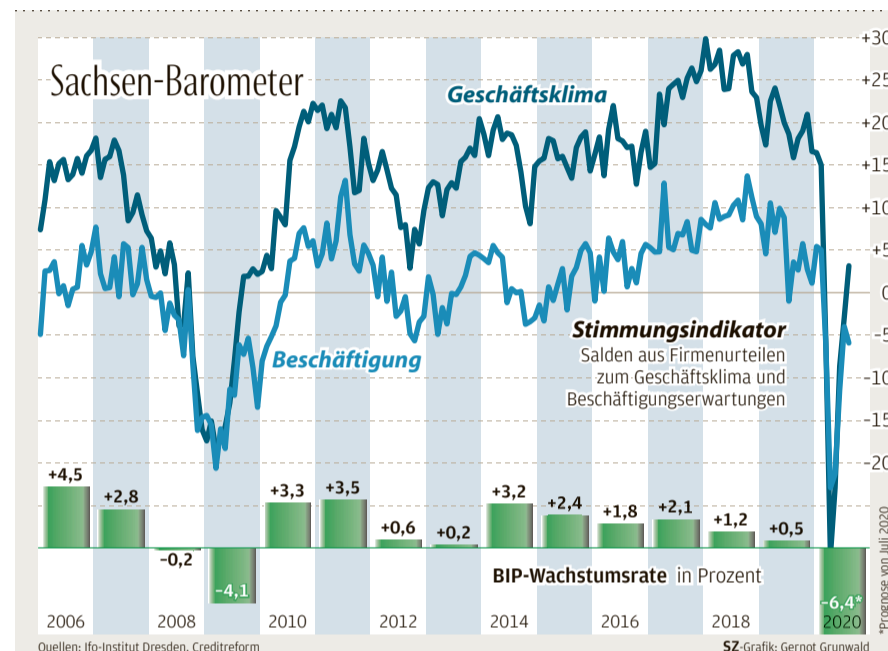
Das Zahlungsverhalten hat sich in Sachsen im zweiten Quartal 2020 im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert. Mussten Unternehmer da noch einen Zahlungsverzug von durchschnittlich 9,4 Tagen hinnehmen, waren es 2020 nur noch 8,3 Tage. Damit liegt die Zahlungsmoral im Freistaat annähernd wieder auf dem von Experten als sehr gut bewerteten ersten Quartal 2019. Mit Blick auf die Corona-Krise scheint die gestiegene Zahlungsmoral ungewöhnlich. Ein Grund dafür sind jedoch die massiven Unterstützungsangebote der Bundesregierung. Der leichtere Zugang zu KfW- und SAB-Krediten sowie Steuerstundungen und Zuschüsse für Selbstständige zeigen ihre Wirkungen.

Rechnungen werden schneller beglichen

Dazu kommt: Viele Unternehmer haben zu Beginn der Krise im März ihren Kreditrahmen ausgeschöpft, um ihre Liquidität zu sichern. Dadurch ist ein Großteil der sächsischen Betriebe eher in der Lage, Rechnungen fristgerecht zu begleichen. Auf der anderen Seite führt die Kreditaufnahme zu einer Verschlechterung der Bilanzqualität. Ein Blick in die einzelnen Branchen zeigt ein differenziertes Bild. Während die Rechnungen im Einzel- und im Großhandel jetzt rascher beglichen werden, hat sich der Zahlungsverzug bei den Konsumgütern mit zusätzlich zwei Tagen sogar deutlich verschlechtert. Die Fachleute gehen davon aus, dass sich die Zahl der Überfälligkeitstage mit dem Anhalten der Krise in der Wirtschaft noch weiter erhöhen wird.

Mehr Insolvenzen ab Herbst erwartet

Lieferanten und Kreditgeber sehen sich steigenden Risiken gegenüber. Das zeigt eine Analyse auf Basis des Creditreform Debitorenregisters Deutschland (DRD), für die rund 3,5 Millionen Rechnungsbelege ausgewertet wurden. Ein Indiz dafür ist der durchschnittliche Zahlungsverzug, der sich im ersten Halbjahr 2020 auf 10,8 Tage erhöht hat. Zugenommen haben die Zahlungsverzögerungen besonders bei Geschäftstransaktionen mit der Chemieindustrie und der Kunststoffbranche. Geringere Zahlungsverzögerungen gibt es im Logistikkewerbe. Die durchschnittliche Forderungslaufzeit lag im ersten Halbjahr mit 42,9 Tagen leicht unter dem Vorjahreswert. Im Schnitt vergehen also 1,5 Monate, bis der



Erbringer einer Leistung sein Geld erhält. In den letzten Monaten hat die Kürzung der Zahlungsziele durch die Lieferanten einen Anstieg der Außenstandsdauer verhindert. Insgesamt stieg jedoch der Druck in Sachen Zahlungsfähigkeit. Damit droht eine Kettenreaktion vor allem in stark verflochtenen Wirtschaftsbereichen – bis hin zu vermehrten Insolvenzen. Für das Gesamtjahr 2020 prognosti-

ziert die Creditreform Wirtschaftsforschung 15 bis 18 Prozent mehr Unternehmenspleiten in Deutschland als im Vorjahr. „Die Hauptinsolvenzlast erwarten wir bei gleichbleibenden Bedingungen aber erst in den ersten beiden Quartalen 2021. Es ist sehr wahrscheinlich, dass ab Oktober vor allem viele kleine Selbstständige, Gewerbetreibende und mittelgroße Firmen Insolvenz beantra-

gen müssen, die heute schon illiquide sind und nur noch auf Sicht fahren“, so Thomas Schulz, Prokurist bei Creditreform Dresden. Was jetzt vor allem helfen könne, sei unternehmerische Eigenverantwortung. Das bedeute, sich nicht nur auf den staatlichen Rettungsanker zu verlassen, sondern die eigene Finanzierung zu überdenken und mehr auf Eigenkapitalstärke zu setzen. „Auch die Weiterentwicklung des eigenen Geschäftsmodells ist ein wesentlicher Punkt, der von der gesamten deutschen Wirtschaft aber seit Jahren auf die leichte Schulter genommen wird“, so Thomas Schulz weiter.

So hätten die Industrie insgesamt, die Automobilbranche, der Maschinenbau und der stationäre Einzelhandel Probleme, die weit vor der Epidemie entstanden seien.

Das Sachsenbarometer, der Wirtschaftsindikator der „Wirtschaft in Sachsen“, erscheint in Kooperation mit der Dresdner Niederlassung des Ifo Instituts-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. und der Wirtschaftsauskunftei Creditreform Dresden.
www.ifo-dresden.de
www.dresdencreditreform.de

Kürzere Zahlungsziele

